

# Inhaltsverzeichnis

## *Kapitel 1*

<b>Künstliche Intelligenz als Herausforderung für das öffentliche Haftungsrecht</b>	17
A. Untersuchungsgegenstand .....	17
B. Terminologische und technische Grundlagen der künstlichen Intelligenz .....	20
I. Begriffsherkunft .....	20
II. Definitionsversuch der Hochrangigen Expertengruppe für Künstliche Intelligenz .....	23
III. Hiesiger Definitionsansatz .....	24
1. Lernmethodik und Intransparenz .....	26
a) Maschinelles Lernen (selbstlernende Algorithmen) .....	26
aa) Überwachtes Lernen .....	27
bb) Verstärkendes Lernen .....	28
cc) Unüberwachtes Lernen .....	29
dd) Semi-überwachtes Lernen .....	29
b) Tiefgehendes Lernen (künstliche neuronale Netze) .....	30
c) Abgrenzung zu Algorithmen im herkömmlichen Sinne .....	31
2. Autonomie .....	32
3. Entscheidung für die schwache KI-Hypothese .....	35
C. Themeneingrenzung .....	39
D. Methodik der Arbeit .....	41

## *Kapitel 2*

<b>Historische und dogmatische Herleitung des Instituts der Gefährdungshaftung im bürgerlichen und öffentlichen Recht</b>	43
A. Die zivilrechtliche Gefährdungshaftung als Orientierungsmarke .....	43
I. Konzeption und historische Entwicklung der Gefährdungshaftung .....	43
II. Grundlagen der Schadensdogmatik .....	49
III. Rechtswidrigkeitslosigkeit .....	50
IV. Keine Analogiefähigkeit spezieller Gefährdungshaftungstatbestände .....	53
1. Vorbehalt des Gesetzes .....	53

2. Enumerationsprinzip .....	55
V. Ergebnis .....	59
B. Das Institut der öffentlich-rechtlichen Gefährdungshaftung .....	59
I. Historische Entwicklung .....	60
1. Naturrecht .....	60
2. Anerkennung des Staates als (Haftungs-)Subjekt .....	62
3. Allgemeines Preußisches Landrecht .....	67
4. Von der Kaiserzeit bis zur Weimarer Zeit .....	69
a) Gesetzgebungsakte .....	69
b) Ansichten der Rechtsgelehrten .....	73
5. Nationalsozialismus .....	76
6. Streit um die Anerkennung des Instituts von der Nachkriegszeit bis zu den 1980er Jahren .....	78
a) Ernst Forsthoff und Karl Zeidler als Verfechter des Instituts in den 1950er Jahren .....	78
aa) Ernst Forsthoff .....	79
bb) Karl Zeidler .....	83
b) Der 41. Deutsche Juristentag im Jahr 1955 .....	86
c) Staatsrechtslehretagung im Jahr 1961 .....	88
d) Die erste Verkehrsampel-Entscheidung des BGH im Jahr 1970 .....	91
aa) Gegenstand der Entscheidung .....	92
bb) Kritik aus dem Schrifttum .....	93
cc) Eigene Stellungnahme .....	94
dd) Ergebnis .....	97
e) Gescheiterter Versuch einer Kodifikation der Staatshaftung im Jahr 1981 .....	98
aa) Hintergrund und Regelungsziel des Staatshaftungsgesetzes .....	98
bb) Tendenzen gen Gefährdungshaftung .....	99
cc) Konsequenzen aus dem gescheiterten Staatshaftungsgesetz .....	102
f) Die zweite Verkehrsampel-Entscheidung des BGH im Jahr 1986 .....	103
aa) Gegenstand und Einordnung der Entscheidung .....	103
bb) Überschreiten der Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung .....	106
(1) Maßstababildung .....	106
(2) Gefährdungshaftung als Systembruch .....	109
(3) Gewaltenteilungsprinzip .....	110
(4) Haushaltsprärogative des Parlaments .....	111
7. Fazit .....	112
II. Dogmatische Anknüpfungspunkte einer Gefährdungshaftung im System des öffentlichen Haftungsrechts .....	113

1. Verobjektivierte Erweiterung der Amtshaftung .....	113
2. Garantiehaftung .....	116
3. Enteignungsgleicher Eingriff .....	116
4. Allgemeiner Aufopferungsanspruch .....	118
5. Billigkeitshaftung .....	120
6. Ergebnis .....	120
III. Herleitung einer Gefährdungshaftung als eigenständiges Institut des öffentlichen Haftungsrechts .....	121
1. Zivilrechtliche Haftungsgründe .....	121
2. Gegenüberstellung von zivilem und öffentlichem Haftungsrecht .....	122
3. Beherrschbarkeit der Gefahrenquelle sowie Vor- und Nachteilsprinzip als tragende Prinzipien der öffentlich-rechtlichen Gefährdungshaftung .....	123
4. Verfassungsrechtliches Gebot einer Gefährdungshaftung .....	125
5. Ergebnis .....	127
IV. Anerkennung qua richterlicher Rechtsfortbildung oder de lege ferenda? .....	128
V. Charakteristika einer allgemeinen Gefährdungshaftung im öffentlichen Recht ..	129
1. Hoheitlich verursachte Gefahrenlage .....	130
2. Erfolgseintritt und Risikozusammenhang .....	131
3. Kein Verschuldenserfordernis .....	132
4. Rechtswidrigkeitslosigkeit .....	132
VI. Ergebnis .....	133

### *Kapitel 3*

<b>Notwendigkeit einer öffentlich-rechtlichen Gefährdungshaftung beim hoheitlichen Einsatz von künstlicher Intelligenz</b>	<b>135</b>
A. Verfassungsrechtliches Transparenzdefizit auf Primärebene .....	135
B. Künstliche Intelligenz als eigenständiges Haftungssubjekt? .....	138
I. Begründungsansätze zur Etablierung einer Rechtspersönlichkeit .....	138
1. Rechtsfähigkeit kraft Willensmacht .....	139
2. Rechtsfähigkeit kraft Verhaltenskontrolle .....	140
3. Rechtsfähigkeit kraft sozialer Anerkennung .....	141
4. Rechtsfähigkeit kraft moralischer Verantwortung .....	141
5. Teilrechtsfähigkeit als vermittelnder Ansatz .....	143
II. Geschäfts- und Deliktsfähigkeit .....	144
1. Geschäftsfähigkeit .....	145
2. Deliktsfähigkeit .....	147

III. (Teil-)Rechtsfähigkeit von KI-Systemen de lege ferenda? .....	148
IV. Ergebnis: Keine Teilrechtsfähigkeit de lege ferenda .....	150
C. Unzulänglichkeit der tradierten staatshaftungsrechtlichen Institute .....	151
I. Amtshaftungsanspruch .....	151
1. Jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes .....	152
a) Private Programmierer als Zurechnungssubjekte .....	152
aa) Programmierer als Beliehene? .....	153
bb) Programmierer als Verwaltungshelfer? .....	156
b) Künstliche Intelligenz als Zurechnungssubjekt? .....	158
aa) Künstliche Intelligenz als Beamter? .....	158
bb) Künstliche Intelligenz als Beliehener oder Verwaltungshelfer? .....	159
cc) Tatbestandsausschluss bei „ausbrechenden KI-Entscheidungen“ .....	159
2. Amtspflichtverletzung und Rechtswidrigkeit .....	160
a) Amtspflichtverletzung der Programmierer .....	161
b) Amtspflichtverletzung der künstlichen Intelligenz? .....	162
c) Amtspflichtverletzung des Amtsträgers im Rahmen der Auswahl, Überwachung und des Einsatzes von künstlicher Intelligenz .....	165
aa) Auswahl .....	165
(1) Auswahl des KI-Systems .....	166
(2) Auswahl der Trainingsdaten .....	168
bb) Bedienung .....	169
cc) Überwachung .....	170
3. Kausaler Schaden .....	171
a) Beweisschwierigkeiten .....	171
b) Lösungsansätze .....	172
c) Ergebnis .....	175
4. Verschulden .....	175
a) Verschulden der Programmierer .....	176
b) Verschulden der künstlichen Intelligenz? .....	176
c) Verschulden des Amtswalters im Rahmen der Auswahl, Überwachung und des Einsatzes von künstlicher Intelligenz? .....	178
5. Rechtsfolge: Schadensersatz in Geld .....	180
6. Ergebnis .....	180
II. Haftung des Hoheitsträgers aus öffentlich-rechtlichem Schuldverhältnis .....	181
III. Haftung des Hoheitsträgers analog § 831 BGB .....	182
IV. Enteignender und enteignungsgleicher Eingriff sowie Aufopferung .....	186
1. Enteignender und enteignungsgleicher Eingriff .....	187

a) Eigentum als Schutzgut .....	187
b) Hoheitlicher unmittelbarer Eingriff .....	189
aa) Wandel des Eingriffskriteriums .....	190
bb) Spezielle KI-Gefährdungslagen als Teilmenge des enteignenden bzw. enteignungsgleichen Eingriffs? .....	191
c) Sonderopfer bzw. Rechtswidrigkeit als Indiz .....	192
d) Rechtsfolge: Entschädigung .....	194
2. Allgemeiner Aufopferungsanspruch .....	195
a) Anspruchsvoraussetzungen .....	196
b) Rechtsfolge: Entschädigung einschließlich Schmerzensgeld .....	198
3. Ergebnis .....	198
V. Abschließende Fallbeispiele .....	199
D. Gefährdungshaftung als Lösungsmodell .....	200
I. Zivilrecht .....	200
1. Zivilrechtliche Überlegungen zur Einführung einer Gefährdungshaftung für KI-Systeme .....	200
2. Kritik an einem Gefährdungshaftungstatbestand für KI-Systeme .....	203
3. Eigene Stellungnahme .....	203
II. Öffentliches Recht .....	205
1. Verfassungsrechtliche Indikation für eine spezielle öffentlich-rechtliche Gefährdungshaftung de lege ferenda .....	205
2. Kein Durchgreifen zivilrechtlicher Kritikpunkte .....	209
3. Zwischenergebnis .....	209
III. Der Gesetzgeber als Adressat des hiesigen Lösungsansatzes .....	210

#### *Kapitel 4*

<b>Öffentlich-rechtliche Gefährdungshaftung für den exekutiven Einsatz von KI-Systemen de lege ferenda</b>	<b>213</b>
A. Gesetzgebungsvorschlag .....	213
I. Gesetzgeberische Szenarien .....	213
1. Kodifizierung des Staatshaftungsrechts .....	214
2. KI-spezifische Regelungen in einem bestimmten Bereich .....	214
3. Zivilrechtlicher Gefährdungshaftungstatbestand für KI-Systeme .....	215
II. Gesetzgeberische Ausgestaltung .....	216
1. Ausformung des Tatbestands .....	216
a) Norminhalt und Normadressat .....	216
b) Typisierung des Gefährdungshaftungstatbestands .....	219

aa) KI-Gefahr .....	220
bb) Rechtsgutverletzung .....	221
cc) Haftungsbegründende Kausalität .....	221
dd) Schaden und haftungsausfüllende Kausalität .....	222
ee) Risikozusammenhang .....	223
(1) Gesetzgeberische Ausgestaltung des Risikozusammenhangs ...	223
(2) Typischer KI-Schaden .....	223
(3) Beweislast .....	224
2. Rechtsfolge .....	226
a) Inhalt und Umfang .....	227
b) Haftungsausschlüsse und -begrenzungen .....	227
aa) Haftungsausschluss bei unabwendbarem Ereignis oder höherer Gewalt? .....	227
bb) Haftungsbegrenzung durch Höchstbetragshaftung? .....	229
cc) Haftungsbegrenzung bei Mitverschulden .....	230
3. Verjährung und Anspruchskonkurrenzen .....	231
a) Verjährung .....	231
b) Anspruchskonkurrenzen .....	231
4. Rechtsweg und Zuständigkeit .....	231
a) „Große Lösung“ .....	232
b) „Kleine Lösung“ .....	234
5. Regelungsvorschlag .....	236
B. Ausblick .....	238
 <b>Literaturverzeichnis</b> .....	 241
<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	265